



Volkswindt

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthäfige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 33.

8. Jahrgang.

In sieben Jahren.

Wie mag es, so fragt das „Hamb. Echo“, in sieben Jahren in Deutschland aussehen? Wie mögen die leitenden Staatsmänner heißen und welche Politik mögen sie befolgen? Wird in diesem Zeitraum der gefürchtete Weltkrieg ausbrechen und Deutschland verheeren? Wird er die Gestalt der Reiche verändern oder wird er sie bestehen lassen? Werden die Amerikaner ihr Land gegen Europa absperren und das letztere damit einem wirtschaftlichen Bankrott entgegentreiben? Werden die chinesischen und indischen Kulis Europa überschwemmen und uns in eine unübersehbare Krise stürzen?

Auf alle diese Fragen, schreibt unser Hamburger Bruderorgan, kann Niemand eine Antwort geben. Ein unbeschreiblicher Schleier verbüllt auch die nächste Zukunft, und die Männer der Erde müssen eingestehen, daß ihre Macht hier ihr Ende hat; sie können den Schleier so wenig lüften, wie wir gewöhnlichen Sterblichen. Auch die Junker können ihn nicht lüften, und wenn heute für das Jahr 1904 die Aufhebung der Last so viel umstrittenen Handelsverträge in Aussicht gestellt wird, so ist das ohne Bedeutung, denn wer will mit Sicherheit wissen können, ob das im Jahre 1904 geschieht? Der Unbehagen der Junker ist allerdings in einer Weise gestiegen, daß man glauben möchte, es hätte denselben, die bekanntlich recht abergläubisch sind, irgend eine berühmte Wahrsagerin oder Kartenspielerin den Anbruch eines neuen Mittelalters prophezeit. Wenn Bismarck, das Idol dieser Rasse, in seinem Leiborgan verkünden lassen kann, jeder, der für die Hamburger Streitenden Geld sammle, müsse „aus der Gesellschaft ausgeschlossen“ werden, dann kann man sich auch nicht wundern, wenn andere Junker glauben, die ganze wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nach ihrem Willen modell zu können.

„Deutschland darf niemals ein Industriestaat werden!“ rief der Graf Limburg-Stirum im preußischen Abgeordnetenhaus. Also Deutschland muß ein Agrarstaat bleiben, der edle Graf leidet das nicht anders. Wie er das anfangen will, ist uns nicht klar. Er müßte alle Eisenbahnen, Telegraphen, Maschinen und Fabriken zerstören, und das trauen wir ihm doch nicht zu, denn da müßte er ja ein furchterlicher „Petroleur“ werden und alle die Brandstiftungen und sonstigen Vernichtungsarbeiten, die man seiner Zeit der Pariser Commune angedichtet hat, wären eine Kleinigkeit gegen die Verheerungen, die der Herr Graf anzurichten hätte. Auch könnte er etwas spät, denn wenn wir auch noch keinen vollendeten Industriestaat haben, so befinden wir uns doch in der Lage, daß die

rein bürgerliche Bevölkerung der Gesamtheit der übrigen gegenüber eine Minorität bildet, wie die letzte Volkszählung beweist, und zwar, wie man an der Hand der bisherigen Entwicklung leicht beweisen kann, eine stets abnehmende Minorität. In Bezug auf unsere sozialökonomische Entwicklung aber ist uns die Zukunft nicht so verschlossen, wie in Bezug auf zufällige Ereignisse. Es steht bombenfest, daß wir in schnellem Tempo in den Industriestaat hineintreten, und das Machtgebot des schlesischen „Ritters“ hat ungefehl die Bedeutung, wie wenn er sich in die rostige Rüstung eines seiner Ahnen hüllen und mit eingelegter Lanze gegen einen Eisenbahnzug anstrengen wollte.

Woraus also Europa nicht durch einen Krieg verheert wird, so kann man von unserer wirtschaftlichen Entwicklung das Eine mit Sicherheit erwarten, daß die kommenden sieben Jahre das rein bürgerliche Element noch weiter zurückdrängen werden.

Zwar geht der Auffangungsprozeß des kleinen bäuerlichen Besitzes weit langsam vor sich, als etwa die Auffangung des kleinen Handwerks durch die Großindustrie. Allein schon die Thatsache, daß die Industrie immer mehr auf das Land dringt und sich dort Arbeitskräfte heranzieht, sowie daß die ländlichen Arbeitskräfte zu Hunderttausenden in die großen Städte strömen, beweist uns, daß wir mit vollen Segeln dem Industriestaat zu steuern. Der schöne Traum jungerlicher „Patriarchen“, daß es möglich sei, einmal einen Feudalstaat wieder aufzurichten, wird unangenehm gestört durch den schillen Pfiff der Lokomotive. Die alte „Herrlichkeit“ mit Rittern und Leisigen, Hörigen und Leibeigenen, Freihänden und Zehnten ist für immer zerstört, und wohl uns, daß sie zerstört ist. Die neue kapitalistische Herrlichkeit ist auch nicht besser, aber sie ist eine Übergangsperiode und sie führt zu einem Zustand, in dem weder kapitalistische noch feudalistische Ausbeutung existiert.

Wenn man also mit den Möglichkeiten rechnet, welche die nächsten sieben Jahre bringen können, so kann man darunter auch den Fall zählen, daß das deutsche Volk endlich einmal die ganze Junkerwirtschaftsstadt bekommt und sich bei den Wahlen dieser „Ritter des Getreidepreises“ entledigt, und zwar nicht der eigentlichen Ritter allein, sondern auch aller ihrer Anhänger. Diese Leute können bei den Wahlen in der That nur durch die „Ländliche Einzahl“ etwas erreichen; die mittleren und Großbauern leisten ihnen Gefolgschaft und wissen auch ihre Knechte und Tagelöhner zu beeinflussen. Die Rittergutsbesitzer und Großbauern verstehen es vorzüglich, ihre Knechte in mittelalterlicher Unwissenheit zu erhalten; die schlechten Löhne und die lange Arbeitszeit verwehren den Leuten, auch geistig etwas für sich zu thun. Aber das wird nun anders; im Fabrikleben, so elend dasselbe auch meistens da ist, wo man ländliche Arbeitskräfte heranzieht, gibt es immerhin mehr Freiheit, als bei Tagelöhnen, Hofsängern und Instinenten auf dem Lande, schon darum, weil die Industriearbeiter nicht unter den Gefindeordnungen stehen. Da hören sie von den Bewegungen unserer Zeit und der Socialismus stellt sich rasch bei ihnen ein.

Diese Umwälzung ist eine der größten unserer Zeit. Sie wird in kurzer Frist unserer Gesellschaft ein ganz anderes Gepräge geben, soweit sie es nicht schon gethan hat.

Bis 1904 haben wir in Deutschland noch mindestens zweimal zu wählen. Und da könnten Uebertreibungen kommen; ein oppositioneller nichtgratifizierter Reichstag kann erscheinen und kann all' die schönen Träume von einer Auseinandersetzung der Handelsvereinigungen jäh zerstören.

Dann werden gewisse Junker wieder davon sprechen, daß ein Staatsstreich notwendig sei und daß ein „schneidiger General“ die Zügel der Militärdiktatur ergreifen müsse. Wir wissen nicht, ob jemals ein solcher General kommen wird. Das aber wissen wir, daß eine Militärdiktatur auf die Dauer nur in einem Agrarstaat möglich ist. Vom Bauernstaat sind wir schon ziemlich entfernt und entfernen uns täglich mehr von demselben, eine Entwicklung, die der schreidige General so wenig wird verhindern können, als das ärmste Bäuerlein.

Wir legen uns nicht aufs Prophezeien. Über soweit man aus den Zuständen der Gegenwart Schluße ziehen darf auf die Möglichkeiten der Zukunft, kann man heute sagen, daß den Junkern und Agrariern die Zukunft nicht gehört.

Sprechen wir uns in sieben Jahren wieder. Wie oft ist schon der Hochmuth vor dem Fall gekommen!

Ein Verrückter.

Kampf und Ende eines Lehrers.

Von Josef Kuederer.

1891

„Nein, leider net, denn der Vater hat mir sei Zustimmung verweigert.“

„Wirklich?“

„Ja, wirklich, Hochwürden“, fuhr Göpfert fort, „und wissen Sie auch warum?“

„Wie soll ich das wissen?“

„Weil der Poiten sagt, daß das Madel in's Kloster kommen soll und zwar auf Veranlassung vom Hochwürdigen Herrn Benefiziaten.“

Erster entschiedener hatte der Förster geredet, aber der Geistliche bewahrte vollkommen seine Haltung:

„Das muß auf einem Mißverständnis beruhen, denn die Kirche läßt jedem freie Hand und zwingt Niemanden, in ein Kloster zu gehen, es wäre denn der freie Wille des Betreffenden!“

„Aber — — —“

„Bitte um Entschuldigung, ich habe nur ein einzigesma unterem freien Poiten den schönen Spruch des Evangeliums: Wer seine Tochter verheirathet, thut gut, wer sie nicht verheirathet, thut besser! vor Augen gehalten. Das war Alles, und ich möchte das sogar ausdrücklich feststellen, damit nicht weitere Mißverständnisse entstehen, die mir meinen Betuf als Seelsorger untrüglich erscheinen.“

„Zuviel haben also Hochwürden mir gegen meine Verheirathung einzwenden“, fragte Göpfert in artigem Tone.

„Ich weißte nicht, wie ich dazu kommen sollte.“

„Na, Poiten, rief der Förster, indem er sich zu dem Bauer wandte. „Fest hast du es gehört, de Kathi ist voll-

ständig frei, d'rum sag i no ama: Gibst's mir jetzt oder net?“

Mit zitternden Händen tastete der Bauer nach dem Arme des Priesters. Der Förster verstand kein Wort, als sich die beiden flüsternd unterhielten, aber er sah den Geistlichen mehrmals zustimmend nicken. Als die Unterhaltung beendet schien, wiederholte Göpfert seine Frage und verlangte sofortige Antwort. Poiten reckte sich mühsam ein bisschen empor und räusperte sich. Er wollte bei dem bedeutungsvollen Acte doch eine gewisse Feierlichkeit nicht entbehren und saß in Position. Erst knopfte er sein offenstehendes Hemd zu, dann schob er die Decke zurecht und holte Atem:

„Der Herr Benefiziat — — der hat — — sei'n Segen geb'n d'rum sag i ja, Herr Förster, i hab mir mehr dawider!“

Göpfert gab ihm die Hand und wandte sich mit triumphierendem Gesichte zu dem Geistlichen:

„I sag Hochwürden den herzlichsten Dank für die glückliche Fürsprach, in meim Namen und a glei für de Kathi.“

Aufallend blau sah der Geistliche aus. Er verneigte sich leicht gegen den Förster und verließ nach kurzer Verabschiedung von Poiten eilig das Zimmer.

Nun aber brach bei Göpfert ein Unbehagen hervor, der sich bis zur Angstlosigkeit steigerte.

„Nack, daß d' naus kommst, Kreittmayer!“ rief er dem Wirt zu, der mit scheuer Bewunderung diese Szene beobachtet hatte, „hol a Pier oder an Schampaino her, jetzt woll'n wir amal lustig sein.“

Kreittmayer eilte zur Thüre.

„Kannst a de Kathi glei mitbringen“, rief ihm der Förster nach. „Wir münen's ihr jetzt do a sagen, was ihr betroffenst, gelt, Poiten?“

Entfernungssatz
bedingt für die einzelne
Periode, eben deren Kosten
90 Pfennige für Renten und
Verjüngungsabteilungen
10 Pfennige.
Zeitung für die nächsten Minuten
umfasst bis Sonntag 10 Uhr im
Sonderfall abgezogen werden.

Politische Rundschau.

— Der große moralische Erfolg, den die Socialdemokratie bei Beratung ihres Antrages, betreffend den Absturztag im Reichstage, erzielt hat, ergibt die ultramontane Presse gewaltig. Sie sucht denselben abzuschwächen und das Vorgehen des Centrums als das „allein richtige“ hinzustellen. So schreibt die „Kölner Volkszeitung“:

„Den Socialdemokraten kann man den Verdacht nicht ersparen, daß sie mit ihrem Antrag auf allgemeine Einführung eines achtstündigen Normalarbeitszeitages für alle Lohnarbeiter diesmal ebenfalls ernste Politik treiben wie bei früheren Gelegenheiten; überhaupt muß betont werden, daß sie sich sowohl durch ihr Auftreten im Reichstage wie in der Presse um viele Sympathien gebracht haben (1). Durch eine kluge Taktik hätten sie Denjenigen, welche vor Jahren schon auf eine Verlängerung der Socialpolitik hinarbeiteten, ein erfolgreiches Widerspiel bieten können — so sagte mir neulich noch ein hoher Reichsbeamter, der an der socialpolitischen Geschäftsgabe hervorragend beteiligt war. Jedenfalls nimmt es sich sehr einigermaßen komisch aus, wenn gerade die Vorführer der Socialdemokratie im Reichstage die Durchführung der Kaiserlichen Februar-Erlasse verlangen. Dessen ungeachtet bleiben wir dabei: Man hätte fast um die Socialdemokraten gar nicht lämmern müssen, sondern auf dem einen detinieren soziale Reformarbeiten zugleich weiterschreiten sollen.“

Selbstverständlich aber nur unter Führung des Centrums! Bislang hat dasselbe nichts auszusegen gehabt an der seiner Zeit vom Reichsanwalt Graf Caprivi abgegebenen Erklärung: man müsse jedes Gesetz, besonders jedes socialpolitische, bezüglich seiner Wirkung auf die Socialdemokratie prüfen. Und jetzt verkündet die Centrumpresse: man hätte sich um die Socialdemokraten gar nicht lämmern sollen!!!

Uebrigens möchten wir wissen, was für Leute es sind, deren „Sympathien“ die Socialdemokratie durch ihr Auftreten im Reichstage verdient hat? Etwa die ihrer Gegner? Bei denen haben wir nichts an Sympathien zu versetzen. Oder etwa die der Arbeit? Es wäre der Lächerlichkeit höchster Gipfel, das behaupten zu wollen! Unter allen Umständen steht das Centrumsleuten schlecht an, uns Vorhalte über unterlassene „kluge Taktik“ zu machen.

— Petition von Postunterbeamten. Die Postchaffner Hesse und Genossen in Magdeburg haben an den Reichstag ein Gesuch eingereicht, in dem sie bitten, die nach dem 1. April 1895 zu Postchaffnern oder Briefträgern ernannten Postunterbeamten mit den vor diesem Zeitpunkt beförderten hinsichtlich der Befördlung ic gleichzustellen.

Selbstverständlich werden die socialdemokratischen Abgeordneten für die Erfüllung dieser durchaus berechtigten Forderung energisch eintreten, wie sie denn überhaupt die Verbesserung der Lage der Postunterbeamten sich angelegen sein lassen.

— Obwohl das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettkampfs erst kurze Zeit in Kraft ist, haben sich bereits verschiedene Mängel und Unzulänglichkeiten des Gesetzes herausgestellt. Die Handelskammer zu Saarbrücken hat deshalb den „R. Nachr.“ zufolge an den deutschen Handelstag das Gesuch gestellt, durch Umfragen bei seinen über das ganze Reich vertheilten Mitgliedern Material zu sammeln, das die Unzulänglichkeit des Gesetzes nachweist und mit praktischen Beispielen belegt, sowie auf Grund des Ergebnisses dieser Umfragen Anträge zu einer zweckentsprechenden

Der Bauer stimmte seinem Schwiegervater zu und Göpfert rieb sich zufrieden die Hände. War es doch ein Jägerstreich, der ihm den raschen Erfolg gesichert hatte. Vielleicht zwei Tage später, und Alles wäre verspielt gewesen aber die Jäger stiehen früh auf, Herr Benefiziat! Ha! Ha! Wie den finsternen Patron wohl die Dankesworte getroffen haben möchten, die ihm der Förster absichtlich noch auf den Weg mitgab, als reinsten Hohn auf die Thätigkeit des eisigen Seelsorgers! Das verdiente er schon, der heimtückische Geistige, der ein blitzsauberes Mädel in's Kloster sperren wollte. Nichts da! Der Baptiste ließ nicht mit sich sprachen. Was ihm in den Weg tritt, das ließ er rücksichtslos nieder und so wollte er's auch für alle Zukunft halten, denn auf diese Weise kommt man am besten durch das Leben.

Gemächlich wandte sich Göpfert zur Thüre. Dort erschien der ausgefandte Kreittmayer mit vier Flaschen Rotwein, einem Päckchen Cigaretten und mehreren Gläsern. Mit der anderen Hand zog er Kathi herbei und schob sie direct vor den Förster hin. Göpfert betrachtete sie schmunzelnd.

„Geh her, Kathi“, sagte er, „brauchst net g'scham“ sein, berfst mi scho anschau'n. So is recht! Und jetzt sagst mit amal: „G'sall i Dir oder g'sall i Dir net!“

Das Mädchen wußte nicht, was das heißen sollte und blickte ihn unsicher an.

„Sie merkt no gar nix“, lachte Göpfert zu Kreittmayer hin. „Es a deliktes Ding, die Kathi, will si ne net g'spannt hat, daß i d'rein versicht bin. Woast was, Madel? A Bussel sollt mer geben, heirathen sollst mi, hast mi jetzt verstanden?“

Ohne ihre Antwort abzuwarten, packte sie der Förster mit beiden Händen und schmähte mit breitem Gehagen drei Käppje auf ihre Lippen. Als er sie lächelte, war ihr Gesicht dunkelrot und der geschlossene Mund zitterte in heftiger Bewegung. (Fortsetzung folgt.)

übersehen. Ich kann dies auch Nomens meiner Freunde constataren, und ich hoffe, daß den Vertretern aller Parteien davon liegen wird, das Gesetz so rasch wie möglich zu erledigen. Ich für meine Person glaube, daß man den Entwurf sehr gut ohne Kommissionserörterung verabschieden kann. Ich habe aber noch einige Bedenken gegen die Vorlage. Man soll das aufzuhören, Kind dem ehelichen nicht vorgießen, wohl aber muß man beide gleich behandeln.

Abg. Bassermann (natl.): Wir begrüßen den Entwurf mit Freuden. Ein Zweifel kann nur entstehen über das Verhältnis der Ansprüche der übrigen Verwandten zu denen der unehelichen Kinder. Jedenfalls bedeutet das Gesetz einen Fortschritt gegenüber den jetzigen Bestimmungen.

Abg. Stadthagen (soc.): hat nichts dagegen einzubringen, daß unter Umständen die Rechte der unehelichen Kinder sogar denen der ehelichen vorangehen, zumal da sie meist das Recht der Erstgeburt für sich hätten. Man solle sich im Übrigen nicht der Hoffnung hingeben, daß das Gesetz eine große sociale That sei, es bedeutet nur eine kleine Abschlagszahlung der nothwendigen Forderungen.

Die Abga. Graf v. Holstein (cons.), Schware (Centr.), Schmidt (Warburg, Centr.) sind im Allgemeinen mit dem Gesetz einverstanden, sprechen aber den Wunsch aus, daß die zweite Urfung heute nicht mehr stattfindet.

Damit schließt die Debatte. Die zweite Urfung wird demnächst im Plenum stattfinden.

Es folgt die erste Urfung des Handelsgesetzbuches.

Staats-Sekretär im Reichsjustizamt Niederrading: In Folge des Bürgerlichen Gesetzbuches stellt sich die Nothwendigkeit heraus, auch die bisher zerstreut liegenden Handelsgesetze einheitlich zu gestalten. Unter jetzigem Handelsgesetzbuch ist im engeren Sinne nicht eigentlich Handelsrecht, man ist bei seiner Schaffung hinübergegangen in benachbarte Gebiete des bürgerlichen Gesetzes; wenn das neue bürgerliche Gesetzbuch in Kraft tritt, wird ein Theil des Rechtsstoffs des jetzigen Handelsrechts betroffen, es ist also eine Neuregelung nötig. Auch das Handelsrecht wird sich in allen gründlegenden Fragen der Ausföhrung des Bürgerlichen Gesetzbuches ändern, es muß Rechnung tragen den Handlungen in den Anhäufungen der Nation. Mit einer bloßen Novelle könnten wir uns nicht begnügen, wir müssten im Interesse des Kaufmannsstandes ein neues einheitliches Werk schaffen. Bei den meisten Materien ist eine grundsätzliche Änderung weder vorher noch jetzt e. folgt, nur das Rechtstreit hat inzwischen einmal eine principielle Revision erfahren, wir könnten uns deshalb bei der Vorlage mit einigen wenigen Änderungen begnügen, die sich auf unsere Erfahrungen rüthen. Ich hoffe, daß Sie diese Besserungen anerkennen.

Zwischen dem alten Handelsgesetzbuch und dem neuen Vorlage besteht ein großer Unterschied in Bezug auf die Begrenzung des Personenkreises, der dem Gesetz unterworfen ist; der neue Entwurf will kein Gesetzbuch für Handelsgeschäfte, sondern für Handelsbetreibende, für Kaufleute sein, während das bisherige Gesetz für alle galt, die ein Geschäft abschlossen, gleichviel ob sie Kaufleute sind oder nicht.

Die Bestimmungen über das Seerecht bleiben unverändert, die Materie ist ungemein schwierig, und der Weisung so mit Geschäften überlastet, daß er kaum Reigung haben wird, auch noch dieses Recht in der gegenwärtigen Fassung einer Änderung zu unterziehen. Wir haben bei dem Entwurf der Vorlage alle beteiligten Interessenkreise gehört, sowohl die hervorragendsten Vertreter der Rechtswissenschaft als auch die des Handelsstandes, auch der Gelehrten, und der Landwirtschaft.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Dienstag 1 Uhr. Außerdem, und zwar an erster Stelle, stehen noch Wahlprüfungen (Reichsmuth und Rother) auf der Tagesordnung.

Neber die Situation in Hamburg

wird uns von dort am Montag geschrieben. Von den Hafenarbeitern fanden heute Morgen etwa 200 Mann wieder Arbeit, im Laufe des Tages noch einige. Die Baale boten drei Mark Tagelohn. Den Staatsquai-Arbeitern wurde ausreichende Antwort ertheilt. Eingesetzte ist noch Niemand von ihnen.

Über die unliebsamen Aufstände, die sich am Sonnabend zwischen einiger am Streik beteiligt gewesenen Arbeitern und Streikbrechern abspielten, wird uns folgendes Nähere mitgetheilt:

Die Hamburger Polizeibehörde hatte am Sonnabend in Kenntnis des Umstandes, daß der Ausstand an diesem Tage sehr wahrscheinlich sein Ende finden würde, der Commissar Rosalowski, Chef der politischen Polizei, machte schon am Freitag Nachmittag den Vertretern der bürgerlichen Zeitungen, die sich während des Ausstandes täglich ihre Streitschriften von ihm abholten, die Mitteilung, daß der Streik bestimmt am Sonnabend zu Ende komme, es dürfe aber von dieser Mitteilung noch kein Gebrauch gemacht werden - Vorlesungen getroffen, um die Streikbrecher vor Feinde mit den Hamburger Hafenarbeitern zu bewahren. Es waren die Wachen in der Hafengegend durch Mannschaften aus den Vororten verstärkt, während eine Abteilung Wandbereiter Husaren dazu bestellt war, einen großen Trupp Streikbrecher bis zum Bahnhof in Wandsbek zu geleiten. Als in den Versammlungen der Ausständigen das Resultat der Abstimmung und der Beschluss der Befreiung des Streiks verkündet war, gingen viele Arbeitnehmer wieder zum Auszug. Natürlich war der Groß und Grün der Streikenden über die Niederlage groß und so konnte es dem nicht ausbleiben, daß Reibereien in verschiedenen Straßen in der Hafengegend zwischen Streikenden und Streikbrechern, die zur Lohnauszahlung an Land kamen, vorkamen, die aber somit und sondes von geringer Bedeutung waren. Etwa gegen 1/2 Uhr kam ein Kohlenarbeiter, der mit im Ausland gewesen war, in die Wirtschaft von Größfeld, Ecke Scharmarkt und Bleichergang. Der Fabrikant dieses Locals ist Stauervize und hat sich am Streik nicht beteiligt. Allsonnabendlich wurde in der Wirtschaft einer größeren Anzahl Streikbrecher der Lohn ausgezahlt, mit deren einem der erwähnte Streikende in Streit geriet. Der Streik arzte bald in Thürlichkeit aus und wurde schließlich mit Revolvern auf dem Scharmarkt ausgefochten. Polizeibeamte eilten jedoch bald herbei und brachten die kämpfenden auseinander. Durch die Schüsse waren natürlich viele Leute verletzt worden, befindet sich doch der Scharmarkt in der belebtesten Stadtgegend, wo am Sonnabend Abend der Verkehr stets am stärksten ist. Die Menge wurde zum Auseinandergehen aufgefordert, konnte dieser Aufrüttung aber nicht sofort folgen, weil die Anzahlung zu groß war. Die Schüleute, deren sich nun schon eine große Anzahl aus der am Scharmarkt belegenen Woche eingefunden hatten, drängten die Leute mit Gewalt zurück, sogen zu diesem Zweck blank und hieben mit lacher Klänge auf die Menschen ein.

Der Scharmarkt war bald gesäubert und die Menge war in die in denselben einmündenden engen Straßen getrieben, wo sie von den fortwährend mit dem Säbel dreihunderten Schüleuten verfolgt wurden. Die Schüleute eilten durch die engen Straßen und schlugen auf Alles ein, was sich ihnen entgegenstellte. So wurden der Scharsteinweg, der kleine und vor allem der große Bleichergang rein geschlagen und durch den Herrengraben ging es nach dem Scharthor. Ganz entzückende Scenen haben sich dabei abgespielt.

An der Ecke des Scharmarktes kommt ein kleiner Junge, der die "Neue Hamburger Zeitung" aussträgt, aus einem Hause heraus, um seine Zeitung in ein etwas weiter belegenes Haus zu bringen. Da gibt ihm ein Schuhmann einen Hieb mit dem Säbel ins Gesicht, daß der Kleine blutüberströmt zusammenbricht. Ein alter Arbeiter geht rasch den Hohlweg hinunter, ohne sich um Publikum oder Polizei zu kümmern. Er geht über einen Schuhmann zu langsam und erhält dafür von dem polizeilen mehrere so wichtige Hiebe, daß er zusammenbricht und von einigen anderen Arbeitern in eine nahegelegene Wirtschaft gebracht werden muß.

Das Mitgehetzte wird genügen, um das Auftreten der Schuleute zu kennzeichnen. Abg. v. Elm, sowie der Vorsitzende des Central-Streikcomittees, ferner der Vorsitzende des Hafenarbeiterverbandes und noch ein anderer Herr führten über das Verhalten der Schuleute Beschwerde auf dem Stadthause, wonach mehrere höhere Polizeibeamte auf dem Schauspiel erschienen. Von dem Augenblick an bewirkte sich das Verhalten der Schuleute. Gegen 1/2 Uhr Nachts war wieder Ruhe. Zu Montag früh befahlte man die Wiederkehr des Krawalls. Die drei Wachen in der Hafengegend waren um 200 Schuleute verstärkt. Alle Hafenpolizeibeamten waren im Dienst, außerdem waren viele Criminalbeamte an der Wasserstraße thätig. Dicht bei einander standen die drei- und vierfach verstärkten Posten. Über Alles blieb ruhig, obwohl die vielen Tausende der Hafenarbeiter von etwa 5/2 bis nach 7 Uhr auf dem "Auszug" standen. Nicht eine einzige Sichtung oder Verhaftung kam vor.

Das hat folgende Gründe: Am Sonnabend hatten die Polizeibeamten den direkten Auftrag, mit aller Energie und Entschiedenheit die Straßen von Altona zu säubern und am Montag hatten sie den Auftrag, sich so ruhig und höflich gegen die verhafteten Streitenden zu verhalten, wie nur möglich. Würde man eine solche Anordnung auch am Sonnabend gegeben haben, so wäre der Krawall vermieden worden. So werden viele Leute vielleicht ins Gefängnis, wenn nicht gar ins Zuchthaus wandern müssen. Man soll an 170 Mann am Sonnabend verhaftet haben, wovon ein Theil jedoch wieder entlassen ist.

Gerichtliches.

Ein Prozeß gegen den anarchistischen "Socialist" der sich vor einigen Tagen vor dem Berliner Landgericht abspielte und mit der Verurtheilung des angeklagten verantwortlichen Redakteurs Friedrich, wie der Preisprechung des gleichfalls angeklagten gar nicht verantwortlichen Redakteurs La dan aux endete, verdient hier eine längere Würdigung. Denn dieser Prozeß war wieder einmal interessante Streitigkeit auf die Tätigkeit der Berliner politischen Polizei, der ihr bester Freund nicht nachsagen wird, daß sie, um nur die nächstliegenden Beispiele heranzuziehen, in dem Auerprozeß oder in der Bissauaffäre oder gar im Tausendprozeß vorbeireitet hätte.

Bei dem jetzigen Prozeß handelte es sich um angebliche Beleidigung des Criminacommissarii Bösel. Nach dem Bericht des Vorwärts ergab die Verhandlung u. a. auch folgendes: Der Anarchist Machner, bekannt durch seine Ereignisse in Kopenhagen und Stettin, empfing in Stettin eines Tages den Besuch des Herrn Bösel, Criminacommissarius aus Berlin, der ihn als Polizeibösel dingen wollte. Er ging anscheinend auf diesen Plan ein und dankte wohlgerath nach Berlin, empfing auch von dem Herrn Bösel 10 Mark, für die er unter dem falschen Namen Kirchheim quittierte.

Herr Bösel, der Criminacommissarius, giebt ferner bei seiner Vernehmung an, er habe Machner gerathen, sich in London unter die Mitglieder der Propaganda der Charta zu mischen, er habe ihm auch freie Fahrt nach London und ein gewisses festes Gehalt versprochen. Er habe mit Machner sich stundenlang über anarchistische Verhältnisse unterhalten, und es sei auch richtig, daß er dem Machner einen Brief geschrieben, der mit der Adresse: "Lieber Freund!" beginnt. (Wie nett!)

Nun dachte aber Machner gar nicht daran, an seiner Sache und seinen Freunden zum Schurken zu werden, hegte vielmehr in seiner schwarzen Seele - zwar kein anarchistisches Vierat, wohl aber einen ungeheuren Hass aus. Er verfertigte nämlich einen unglaublichen "Bericht", den er an Herrn Bösel absandte, verabredete mit ihm ein Treffen in dem Riesentengelstang, genannt Berliner Gewerbeausstellung, und lud dann einige Freunde, darunter Landauer, nach demselben Orte ein, damit sie Herrn Bösel, den Criminacommissarius, einmal auf der Anarchistenfahrt sehen sollten. Als Bösel merkte, daß man Schabernack mit ihm trieb, zog er es vor, zu verschwinden, was aber die heiteren "Attentäter" nicht ablehnt, ihm eine sehr schöne Gruppenphotographie als Andenken an den gelungenen Abend zu widmen.

Natürlich stand die ganze, trotz des uralten Unstriches so überaus ernste Geschichte, in der nächsten Nummer des Socialisten ausführlich erzählt: weswegen sich eben der Criminocommissarius beleidigt fühlt.

Man kann sich so einer Art Mitleides mit dem Gefoppten nicht entschlagen, der in seiner Weise ja auch ein Opfer unterer Zustände ist: Schwer begreiflich ist es aber, wie der Staatsanwalt etwas wie eine Rechtfertigung der Polizeitaktik in dem Prozeß unternehmen konnte, indem er sagte, daß Spiegel bei Verschwörungen nötig seien. Mit einer Eränderung geben diese Worte einen bösen, böse... Aber drängt sich dieser Sinn nicht jedem, der einen Einblick in die Spiegel- und Agentprovocatorenwirtschaft gehabt hat, geradezu gewaltig auf?

Auch der Gerichtshof sprach sich sehr milde über das Verhalten des Commissars Bösel aus, indem er sagte, sein Verhalten sei vielleicht nicht ganz geschickt, aber keineswegs verächtlich gewesen.

Als Landauer übrigens im Verlaufe der Verhandlungen etwas indirekt fragte, ob dem Commissar Bösel ein Mann Namens Kirchheim bekannt sei? antwortete dieser: Die Frage gehe dahin, ihm Anklage zu einer Urkundensäuschung vorzutragen, wie ähnliches im Prozeß Lekter-Löhne zur Sprache gekommen. Davor könne gar keine Rede sein. Nach dem vorliegenden Berichte scheint man auf diese Frage dann nicht weiter eingegangen zu sein: sie ist ja auch von untergeordneter Bedeutung, wenn sonst man an dem Grundsatz festhält, wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen.

Die Forderung auf Auflösung solcher Institute, wie die nun so oft dargestellte Berliner politische Polizei eines ist, ist zu oft gestellt worden, als daß sie wiederholt zu werden braucht. Das ist die schneidende Ironie der Weltgeschichte, daß die Vertheidiger der Religion, Ordnung und Sitte polizeilicher Hilfsmittel bedürfen, um dem Volke seine "heiligsten Güter" zu wahren!

Kleine Rundschau.

In folge Schneeverwehung ist in der Nacht zum Montag ein Personenzug auf der Strecke Nienburg a. S. - Bremen entgleist. Der Zugführer wurde am Kopfe leicht verletzt, weitere Verlebungen von Personen sind nicht vorgekommen.

Weimar, 8. Februar. Zwei Musketiere des Regiments 94 desertierten mit etwa 200 Mark, die des einen Mutter, einer Botenfrau, anmerkten waren.

Köln, 8. Februar. Der Wasserspieß des Rheins betrug heute früh 8 Uhr 7,53 Meter. Das Wasser ist bereits in die am Rhein gelegenen Straßen der unteren Stadttheile getreten. Die Molen ist wieder im Steigen begriffen und heute Nacht um 18 Centimeter gestiegen.

In Aachen ist die Maschinenfabrik von Brache u. Co. abgebrannt. 140 Arbeiter sind brotlos.

München, 8. Februar. Seit gestern Nacht herrscht hier andauernder Schneefall, der vielfach Verkehrsstörungen verursacht.

Nürnberg, 8. Februar. Ein 20jähriger Mechaniker erstickte den von seiner früheren Geliebten begünstigten Nebenbuhler, einen Eisenhändler. Die Schüsse, die er gegen das Mädchen abgefeuert, versagten.

Beim Umladen der Postsendungen des Abendzuges von Ulm wurde im Sigmaringen in der Eile, da der Zug Spätzeit hatte, ein Wertkoffer von 40.000 Mark auf das Dachbrett des Eisenbahn-Waggons gelegt und blieb unbedingt liegen, als der Zug wenige Minuten später abfuhr. Der Verlust wurde zwar sofort bemerkt und unter Leitung des Postdirectors die Straße abgesucht, leider ohne Erfolg. Die Bahn führt gleich oberhalb der Stadt an der Donau vorbei, die zur Zeit ungünstiger Weise hoch angestiegen und über die Ufer getreten ist. Man muß an-

nehmen, daß das Werkstück, ein Rädchen, in den reisenden Strom gefallen ist.

Die Herzzeit des Negus. Wie man aus Brixen meldet, hat der Negus auf Empfehlung des Ingenieurs Dr. Schulz und war in der letzten Zeit in Dresden thätig. Schulz berichtet jetzt recht reiten, da sie die Meise durch Adressen zu Werde werden müssen.

Die Eisverhältnisse in unseren Küstengebieten werden immer schwieriger, in den Häfen und Einfahrten machen schwere Eismassen den Schiffsvorlehr fast unmöglich und die offene See selbst ist bereits zu einem großen Teil mit Eis bedekt. In ganz Norwegen hat die Kälte in so außerordentlichem Grade genommen, wie sie seit vielen Jahren nicht dagewesen ist, und aus mehreren Teilen des Landes werden Temperaturen gemeldet, die an finnische Kälte grenzen. In der durch ihre Aufwerke belasteten Bergstadt Åros (an der nach Drontheim führenden Eisenbahn), waren in den letzten Tagen - 30 Gr. Celsius und am Freitag - 42 Gr. Der Ort liegt allerdings gegen 700 Meter hoch, doch auch von der Station Arendal an der Kongsvingerbahn werden - 41 Gr. gemeldet. Im Nebrigen sind auf anderen Stellen Temperaturen von - 30 bis 39 Gr. etwas gewöhnliches. Auch in Christiania herrscht strenge Kälte - 29 Gr.

Regen in London. Seit mehreren Tagen regnet es in London fast ununterbrochen. Die Themse ist wiederum um drei Fuß gestiegen. Das Flachland bei Oxford, Marlow, Maidenhead, Windsor und Eton steht unter Wasser. In Eton sieht die Wasser in den Kellern. In Buckinghamshire sind die Fahrtraden unwegsam. In Nord-Wales hat es fast die ganze Woche geregnet. Tausende von Acres Landes sind überschwemmt. In einigen ländlichen Gegenden in Bedfordshire und Huntingdonshire müssen die Leute in Booten nach dem nächsten Dorfe fahren. Die Ouse hat ihr Thal weit hin überschwemmt.

Locale Rundschau.

Breslau, den 9 Februar 1897.

* Achtung Genossen! Am Sonntag, den 14. Februar, Vormittags 11 Uhr, findet im "Vollgarten", Michaelisstraße, eine Volksversammlung statt, in welcher der Vertreter von Breslau-West im Reichstage, Genosse Bruno Schönlanck, einen Vortrag über "Die gegenwärtige politische Lage" halten wird. Dieser Hinweis wird genügen, um allen Genossen und Genossinnen die Pflicht nahe zu legen, in dieser Versammlung zu erscheinen!

* In Stadtverordneten-Collegium ist jetzt Hochwasser. Der Haushaltsetat für das Jahr 1897/98 muß durchberaten werden und das ist bei dem Umfang desselben - die Abschlußzahlen weisen die Summe von über 15½ Millionen Mark auf - keine Kleinigkeit. Die Stadtväter haben denn auch gestern eingedenkt ihrer Pflicht, drei Stunden fleißig gearbeitet. Diese an und für sich nicht leichte Aufgabe wird den gewählten der bestensitzen hiesigen Bürgerchaft in diesem Jahre dadurch verführt, daß der Stat des Vorjahrs mit einem Überschuß von 674,294,92 Mark abschließt. Das ist ein ganz hübsches Sämmchen und es ist sehr erklärlich, daß man sofort Betrachtungen darüber anstellt, wem der Überschuß zu Gute kommen soll. Der Stat schlägt eine Erhöhung der Einkommensteuer um 7 Prozent, der Realsteuer um 15 Prozent vor. Der Vorfall ist für die Hausgratier zweifellos günstig, dessen ungeachtet scheinen die Herren damit nicht zufrieden zu sein. Stadtv. Zebulla erklärte, es sei dankenswerth, daß eine kleine Erhöhung an Realsteuer eintreten solle, legte es aber dem Ausschuß dringend ans Herz, bei der günstigen Finanzlage der Stadt die Canalsteuer zu befestigen. Stadtv. Dr. Schwarzer sang ebenfalls ein sehr trauriges Liedchen von der Lage der Grundbesitzer, von denen ein großer Theil nothleidend sei. Oberbürgermeister Bender führte den vom Stadtv. Zebulla erwähnten "weinen-den" Grundbesitzern vor Augen, daß man mit den Klagen über Wassergeld und Canalisationsgebühr endlich einmal aufhören sollte.

Die Canalisationsgebühr sei ebenso gerecht oder ungerecht wie jede andere Steuer. Die Stadt erhebe Wassergeld nur von dem, der es verbraucht. Wenn der Grundbesitzer jetzt das Wassergeld nicht auf den Mieter abwälzen könnte, so liege dies an der ungünstigen Conjuratur. Der Grundbesitz sei häufig zu einem viel zu hohen Preise erworben worden, er sei ein Speculationsobject geworden. Mit dieser letzten Neuherbung hat unser Stadtoberhaupt entschieden Recht und es gehört ein sehr hohes Maß von Begehrlichkeit seitens der Grundbesitzer dazu, sich für ihre verfehlten Speculationen auf Kosten der übrigen Steuerzahler Erleichterungen zu verschaffen. Eine derartige Auffassung von der Aufgabe einer Stadtverwaltung findet man allerdings erklärlich, wenn sie von Leuten gegeben wird, die Realsteuer um 15 Prozent vor.

Der Vorfall ist für die Stadtverordneten-Collegium ein sehr erklärlich, daß man sofort Betrachtungen darüber anstellt, wem der Überschuß zu Gute kommen soll. Der Stadtv. Zebulla erklärte, es sei dankenswerth, daß eine kleine Erhöhung an Realsteuer eintreten solle, legte es aber dem Ausschuß dringend ans Herz, bei der günstigen Finanzlage der Stadt die Canalsteuer zu befestigen. Stadtv. Dr. Schwarzer sang ebenfalls ein sehr trauriges Liedchen von der Lage der Grundbesitzer, von denen ein großer Theil nothleidend sei. Oberbürgermeister Bender führte den vom Stadtv. Zebulla erwähnten "weinen-den" Grundbesitzern vor Augen, daß man mit den Klagen über Wassergeld und Canalisationsgebühr endlich einmal aufhören sollte.

Die Canalisationsgebühr sei ebenso gerecht oder ungerecht wie jede andere Steuer. Die Stadt erhebe Wassergeld nur von dem, der es verbraucht. Wenn der Grundbesitzer jetzt das Wassergeld nicht auf den Mieter abwälzen könnte, so liege dies an der ungünstigen Conjuratur. Der Grundbesitz sei häufig zu einem viel zu hohen Preise erworben worden, er sei ein Speculationsobject geworden. Mit dieser letzten Neuherbung hat unser Stadtoberhaupt entschieden Recht und es gehört ein sehr hohes Maß von Begehrlichkeit seitens der Grundbesitzer dazu, sich für ihre verfehlten Speculationen auf Kosten der übrigen Steuerzahler Erleichterungen zu verschaffen. Eine derartige Auffassung von der Aufgabe einer Stadtverwaltung findet man allerdings erklärlich, wenn sie von Leuten gegeben wird, die Realsteuer um 15 Prozent vor.

Die Forderung auf Auflösung solcher Institute, wie die nun so oft dargestellte Berliner politische Polizei eines ist, ist zu oft gestellt worden, als daß sie wiederholt zu werden braucht. Das ist die schneidende Ironie der Weltgeschichte, daß die Vertheidiger der Religion, Ordnung und Sitte polizeilicher Hilfsmittel bedürfen,

